

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort.

TOP 19 – Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 294.17 / 12.10.2017

Zur selbstbestimmten

Familienplanung gehören Frauen und Männer

Die SPD möchte eine bundeseinheitliche Regelung für die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Frauen mit geringem Einkommen. Das wollen wir Grüne auch.

Wir wollen, dass Frauen und Mädchen über ihren Körper selbst bestimmen können. Und natürlich wollen wir das auch für Jungen und Männer. Aber Männer werden nun einmal nicht schwanger! Bei ungewollter Schwangerschaft brauchen Frauen und Mädchen wohnortnahe Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine Strafe.

Damit eine ungewollte Schwangerschaft gar nicht erst entsteht, ist Verhütung wichtig! Wir Grüne wollen das Recht einer selbstbestimmten Familienplanung stärken. Dazu gehören für uns Frauen und Männer gleichermaßen! Zur Familienplanung gehören beide!

Wir wollen, dass Menschen mit geringem Einkommen einen kostenfreien und unkomplizierten Zugang zu Verhütungsmitteln bekommen. Nicht nur Mädchen und junge Frauen bis zur Vollendung des 20ten Lebensjahres – auch Frauen über zwanzig, auch Jungen und auch erwachsene Männer.

Alle die sich aufgrund ihrer Einkommenssituation Verhütung nicht leisten können, müssen diese kostenfrei erhalten können.

Sicherlich gibt es finanzielle Unterschiede. Eine Spirale oder die Pille ist kostenmäßig eine andere Hausnummer als Kondome. Aber es gibt Menschen, die sich auch Kondome nicht leisten können. Auch das gibt der Ansatz für Gesundheitspflege im Regelsatz

nicht her.

Es kann nicht sein, dass Selbstbestimmung und Familienplanung vom Geldbeutel bestimmt werden. Uns Grünen ist dabei ziemlich egal, ob eine Lösung im Rahmen Gesetzlichen Krankenversicherung oder in den Sozialgesetzbüchern II und XII, also der Grundsicherung getroffen wird. Wichtig ist allein, das es einfach und gerecht funktioniert.

In dieser Frage sind wir uns mit CDU und FDP absolut einig. Und wir unterscheiden uns von der SPD. Wir wollen eine Regelung für beide Geschlechter. Denn zur Familienplanung gehören beide! Die Zeiten in denen Frauen alleine für Kinder und Verhütung zuständig waren, sollten lange vorbei sein. Offenbar sehen das nicht alle so.

Uns ist in der Jamaika-Koalition ein weiterer Aspekt wichtig. Es geht uns um mehr als Schwangerschaft und Familienplanung. Verhütet werden müssen auch negative gesundheitliche Folgen von sexuellen Kontakten. Niemand darf sich mit Aids, HIV, Hepatitis, Tripper, Herpes, Syphilis, Gonorrhoe und anderen anstecken, weil er oder sie sich Kondome und Safer Sex nicht leisten können.

Das ist für Männer und Frauen gleichermaßen wichtig. Daran haben unsere Kolleginnen in der SPD offenbar noch nicht gedacht. Oder sie halten das nicht für wichtig!?

Sicherlich, der Antrag der SPD bezieht sich konkret auf die bestehende Bundesratsinitiative. Diese wird im Oktober in den Bundesratsausschüssen beraten. Aber nur weil die Initiative zu kurz gedacht ist, müssen wir uns in Schleswig-Holstein keine Denkverbote auferlegen.

Wir können und wir werden weiter gehen und im Sozialausschuss einen Alternativantrag vorlegen.

Wir wollen, dass unsere Landesregierung eine erweiterte Bundesratsinitiative auf den Weg bringt. Eine die Frauen und Männer in den Mittelpunkt stellt. Eine die Selbstbestimmung, Familienplanung und Gesundheitsvorsorge gleichermaßen in den Blick nimmt. Das ist ein moderner und gerechter Ansatz.

Ich freue mich auf die weitere Beratung im Ausschuss.
